

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

38. Jahrgang.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

№ 156.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

Donnerstag, den 9. Juli.

Das dritte Heeres-Septennat.

Das günstige Ergebnis der definitiven Bilanz des Reichshaushaltjahres 1884/85 wird wesentlich dazu beitragen, die Bedenken zu beseitigen, welche hier und dort der abermaligen Bewilligung des Heeresetats auf die Dauer von sieben Jahren entgegenstehen. Es spricht für die Sparfameit der Armeeverwaltung, daß sich im letzten Jahre die dauernden Ausgaben mit 345 601 744 M. 60 Pf. um 1 070 388 M. 95 Pf. verminderten, die einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat mit 11 867 186 M. 62 Pf. um 730 911 M. 2 Pf., im außerordentlichen mit nur um 406 354 M. 92 Pf. nur um 45 056 M. 47 Pf. vermehrten. Das Schlagwort der „Schonung der wirtschaftlichen Kraft der Nation“ paßt kaum für die jetzigen verheerenden Reichsfinanzverhältnisse und dürfte gerade bei Beginn der nächsten Reichstagsession eine Erneuerung des Militär-Septennats deshalb nicht auf erheblichen Widerstand stoßen. Die Führer der Opposition werden sich hüten, wie ehemals den parlamentarischen Machtstreit an die Frage der nationalen Wehrkraft zu knüpfen, weil die öffentliche Meinung dringend verlangt, die letztere völlig unangefastet zu lassen. Wenn es auch einzelnen Agitatoren vielleicht sehr erwünscht wäre, in die jetzmalige Wahlbewegung den Streit um die nationale Wehrkraft hineinzutragen, so wird doch jeder Freund einer gesunden verfassungsmäßigen Entwicklung und jeder vernünftige Volkswirth vor einer solchen Möglichkeit zurückschrecken. Bei jedem Kampf gegen die jeweilige Heerespräsenzstärke wird von den Regierungsorganen auf die Gefahren hingedeutet, welche eine Schwächung der Wehrkraft heraufbeschwören könnte. Diese mitunter nur allzubastische Hindeutung auf die „Kriegswolken am Horizonte“ schadet aber jederzeit dem für das Geschäft so unerlässlichen allgemeinen Vertrauen, daß dagegen selbst eine um 20 000 Mann verminderte Fahnenpräsenz gar nicht in Betracht kommt.

Die Schwächung des Heeres ist Gott sei Dank kein Gebanke mehr, der volksthümlich werden könnte. Das deutsche Volk weiß, daß es dem Respekt vor dem starken deutschen Heer nicht nur den eignen, sondern den Weltfrieden verdankt, daß die hochgeachtete Stellung, welche sich das Deutsche Reich mit Waffengewalt im Rath der Völker erworben, zugleich dazu dient, dem deutschen Handel und der deutschen Industrie freie Bahn auf dem Weltmarkt zu schaffen. Wüßten wir nicht selbst, was wir an dem deutschen Heere haben, so würden es uns unsere Gegner lehren, die das deutsche Heerwesen ebenso bewundern als fürchten. Anlässlich des kürzlich erfolgten Hinscheidens zweier Feldmarschälle schrieb das „Journal des Debats“: „Der Tod Manteuffel's und der des Prinzen Friedrich Karl verursachen in den Cadres der deutschen Armee eine neue und empfindliche Lücke: von den zehn während des Krieges oder in Folge desselben ernannten Feldmarschällen sind nur noch der Kronprinz und Graf Moltke übrig. Nach und nach verschwinden die erprobten Generale, welche 1866 und 1870 den deutschen Krieger zum Siege führten, und unter den Ueberlebenden giebt es wenige, denen ihre körperliche und geistige Kraft gestattet würde, heute ein Kommando zu führen. Doch möge man deshalb sich keinem Irrthum hingeben. Nicht die Oberanführer sind es, welche die Stärke der deutschen Armee machen: es ist, wenn man so sagen kann, das System! Es ist jene Gesamtheit der Ueberlieferungen und Methoden, jene Gemeinschaft von Gesinnungen, Gefühlen und selbst Vorurtheilen; es ist die Achtung vor der Pflicht, der Mannszucht und der persönlichen Initiative; es ist endlich jeder Einfluß und jener bewundernswürdige Wettstreit aller Verdienste und aller Opferwilligkeiten, der von oben bis unten besteht. Der Prinz Friedrich Karl Herr v. Manteuffel, selbst Herr v. Moltke können verschwinden, und doch wird das Werk, an dem sie mitgearbeitet, nicht im mindesten beeinträchtigt werden. Es wird so lange fortbestehen, als der Geist der deutschen Armee verbleibt, so lange Deutschland erwarten kann, daß Jeder, von dem Herrscher bis zum letzten Unterlieutenant herab, seine Pflicht und nicht mehr als seine Pflicht thut.“

Der Kampf wider die zweimal von der Reichsregierung durchgesetzte Verwilligung der Heeresfriedensstärke auf je sieben Jahre ist für den Parlamentarismus stets nur verberblich gewesen. Die Opposition gegen das erste Militär-Septennat im Jahre 1874 veranlaßte ein Drittel der Fortschrittspartei, sich von dieser loszusagen. Im Jahre 1880 bereitete die Rede des Freiherrn von Stauffenberg gegen das Septennat die Sezession vor, welche die nationale

Partei ihres linken Flügels beraubte. Gerade die Sezessionisten waren es, welche für den dreijährigen Militär-etat eintraten und demnach ein Triennium an die Stelle des Septennats setzen wollten. Auf diese Weise würde aber die Heeresbewilligung stets mit der Legislaturperiode zusammenfallen und die Erhaltung unserer nationalen Wehrkraft vollständig von den politischen Schwankungen abhängig werden. Bei jedem Wahlkampf würde dann die Feststellung der Heeresstärke in Frage gestellt und schon dieser Grund genüge, die Reichsregierung zu der Erklärung zu veranlassen, daß sie sogar die einjährige Präsenzverwilligung der dreijährigen noch vorziehen würde. Wie die Sachen jetzt nun einmal in Europa liegen, kann eine kurze Feststellung der Heerespräsenzstärke nur einer erhöhten Regierungsforderung zu Gute kommen. Uebrigens würde es auch vollkommen fruchtlos sein, den parlamentarischen Machtstreit an die Frage der nationalen Wehrkraft zu knüpfen. Der größte Theil des Zentrums hat im Jahre 1880 für das Militärseptennat gestimmt und wird dies jetzt erst recht thun, um keinen neuen Entrüstungsturm gegen sich zu entfesseln. Der Ueberzeugung, daß eine Ablehnung des dritten Septennats die Auflösung des deutschen Reichstages zur unmittelbaren Folge hätte, genügt für die meisten Politiker als Grund, sich vorsichtig zurückzuhalten. Das Drückende der großen Heereslasten wird zwar überall empfunden, aber ebenso verbreitet ist die Ueberzeugung, daß das deutsche Reiches Sicherheit und Wohlfahrt nach wie vor eines starken Schutzes bedarf. Der Gedanke, daß die alljährlich auszusprechende Bewilligung der Heerespräsenzstärke der Volksvertretung erst die rechte Stellung und den stärksten Einfluß verschaffe, ist zwar nicht ganz abzuweisen, aber die verfassungsmäßige Entwicklung des Deutschen Reiches läßt sich doch wohl noch auf einem minder gefährlichen Wege fördern als auf demjenigen des Militärstreites.

Tageschau.

Freiberg, den 8. Juli.

Das Interesse des Deutschen Reiches hat der Bundesrath durch den Ausschluß des Herzogs von Cumberland von der Thronfolge in Braunschweig hinreichend gewahrt; die Sicherung der dortigen Bundesinteressen, welche jetzt zu erfolgen hat, ist Sache der braunschweigischen Landesvertretung. Diese muß beschließen, was sie auf Grund der Erklärung des Bundesraths zu thun hat; sie muß entscheiden, ob ein Fürst, der in dem durch die „Erklärung“ charakterisirten Verhältnis zu Preußen, bezw. dem Reiche steht, noch irgend ein Anrecht auf einen deutschen Thron hat. Die Ständerversammlung in Braunschweig wird sich aber auch schlüssig zu machen haben, ob, falls sie den Herzog von Cumberland selbst als gänzlich beseitigt erachtet, die gegen diesen geltend gemachten Gründe auch seinen Sohn treffen und wird, wenn sie dieses annimmt, an erster Stelle die ferneren Successionsberechtigten zu prüfen haben. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die braunschweigische Landesversammlung über alle diese Punkte bei der kurzen Dauer der letzten Beratung bereits beschlossen hat. Die Landesvertretung wird sich aber bald entscheiden müssen, denn es ist nothwendig, vor Ablauf der Amtsdauer des Regentenschaftsrathes darüber klar zu sein, ob Braunschweig überhaupt noch mit einem „behinderten“ Thronfolger zu thun hat. Ist die Linie Cumberland ganz ausgeschlossen, so wird der dann nächstberechtigte Erbe ohne Weiteres Herzog und S 6 des Regentenschaftsgesetzes — über die Wahl eines Regenten — kann nicht in Anwendung kommen. Dieser Erbberedigte muß aber bis dahin ermittelt werden, wenn nicht wieder ein neues Interimistatium eintreten soll. Will Braunschweig wie Elsaß-Lothringen Reichsland werden, so muß es sich auch darüber in nächster Zeit entscheiden; jedoch wird es dabei auf die Zustimmung des deutschen Bundesraths schwerlich zu rechnen haben, dem ein so scharfer Eingriff in das Erbfolgerecht wohl nicht gefallen würde. Jedensfalls aber ist der Augenblick gekommen, wo sich die Bevölkerung des braunschweigischen Landes selbst mit dessen Zukunft beschäftigen muß.

Unser Kaiser machte gestern früh wieder in Ems nach der Trinkkur eine Promenade und unternahm später eine Spazierfahrt. Nachmittags traf die deutsche Kaiserin zu einem kurzen Besuch in Ems ein. Wie jetzt bekannt wird, hat die hohe Frau in Koblenz bei dem Empfang der Deputation der New-Yorker Schützen auf die Ansprache des Mr. Webers etwa Folgendes erwidert: Es habe sie sehr erfreut, Webers etwa Folgendes erwidert: Es habe sie sehr erfreut, daß das amerikanische Nationalfest am deutschen Rhein gefeiert werde, sie begrüße sympathisch jede Festigung der Bande, welche die Nationen einander näher brächten. Sie hoffe, daß

das Band, welches Deutschland und America verknüpfe, sich immer fester gestalten werde. Insbesondere habe es sie erfreut, daß deutsche Schwestern, die unter ihrer Obhut ständen, im deutschen Hospital in New-York so segensreich wirkten und daß die Ausstellung des Rothten Kreuzes in New-Orleans solche Anerkennung gefunden habe. — In der Schloßkirche zu Kröchlendorf fand am Montag Mittag die Trauung des Sohnes des deutschen Reichslanzlers, des Grafen Wilhelm Bismarck, mit seiner Koufine Fräulein Sibylla von Arnim statt. Fürst Bismarck, welcher mit seiner Familie vorgestern Nacht von Kröchlendorf wieder in Berlin eintraf, begab sich gestern Nachmittag 1 Uhr nach Potsdam zum deutschen Kronprinzen.

Der Unfall, welcher die Prinzessin Elisabeth von Sachsen-Weimar betroffen hat, erregt besonders in der Stadt Weimar die innigste Theilnahme, weil die Prinzessin wegen der Freundschaft ihres Wesens bei Jedermann beliebt ist. Am Sonntag war ihr Zustand besorgnißerregend, da sich öfters Bewußtlosigkeit einstellte; am Montag indeß konnte das Bulletin des Geh. Medizinalraths Dr. Pfeiffer die erfreuliche Mittheilung bringen, daß die bedenklichen Erscheinungen abgenommen haben.

Wie die „Hamburger Börse“ aus bester Quelle erfährt, sind neuerdings im Bismarck-Archipel von einer deutschen, in der Südsee seit langen Jahren ansässigen Firma größere Landankäufe gemacht worden. Die Einzelheiten entziehen sich noch der Veröffentlichung. Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerkt das Hamburger Blatt, daß die Ende vorigen Jahres seitens der deutschen Regierung erfolgte Protektorkatserklärung noch keine Besitzergreifung seitens des Deutschen Reiches bedeutete.

Der am Sonntag in Bad Tüffer bei Graz verstorbene österreichische General, Herzog Alexander von Württemberg, gehörte der von dem Bruder des Großvaters des gegenwärtigen Königs von Württemberg, dem Herzog Ludwig, abstammenden Nebenlinie des königlich württembergischen Hauses an. Am 9. September 1804 geboren, war Herzog Alexander schon in seiner Jugend in die österreichische Armee eingetreten, in welcher er den Rang eines Generals der Kavallerie erreichte. Nach dem Feldzug von 1859 erhielt er das Großkreuz des Leopold's-Ordens und lebte lange Jahre im Ruhestand in Graz. Sein Sohn ist der mit der englischen Prinzessin Marie Adelaide vermählte Herzog Franz von Teck. — In Brunn fand am Montag die Verhandlung gegen die Theilnehmer an dem Judenramalle in Kanitz statt, von welchen 14 zu Freiheitsstrafen bis 14 Tagen verurtheilt, einer wegen Mangels des Beweises der Mithschuld freigesprochen wurde. Die Verhandlung gegen die wegen der Streit-Tumulte Angeklagten findet erst nächste Woche statt. — Eine Verordnung des ungarischen Justizministers hebt die Kompetenz des Gerichtshofes zu Hermannstadt bei Preßberg auf und betraut das Schwurgericht zu Klausenburg mit der Erledigung der Preßdelikte in den Sprengeln Hermannstadt, Kronstadt, Dévas und Elisabethstadt.

Weit ruhiger als man erwartet hatte, ist in der französischen Deputirtenkammer die Debatte über den Friedensvertrag mit China verlaufen. Die Mittheilungen des Kriegsministers Camponon über die Ereignisse in Huß wurden als beruhigend erachtet, worauf der Minister des Auswärtigen, Freycinet, auch den ausgesprochenen Befürchtungen entgegentrat, daß durch das jetzt nöthige energische Einschreiten gegen die Regierung von Anam neue Schwierigkeiten mit China entstehen könnten. Nachdem die Deputirten Doctroy, Clemenceau, Perin, Raoul Duval und Delafosse über den Vertrag gesprochen, um die allgemeinen Angriffe gegen die Tonkin-Affaire zu wiederholen, wies Freycinet mit großer Wärme alle Kritiken erfolgreich zurück. Der Minister wurde von der gesamten Linken lebhaft beklatscht, worauf die Annahme des Vertrages beinahe einstimmig erfolgte. Gestern legte er dem Senate den Tientin-Vertrag vor, für dessen Beratung die Dringlichkeit beschlossen wurde. Der Senat beriet hierauf die Finanzkonvention mit Egypten, wobei Gavardie (äußerste Rechte) die Vertagung der Beratung beantragte. Freycinet bekämpfte den Antrag und wurde dann die Konvention sofort angenommen. — Die von Montag Abend datirte neueste Depesche des Generals Courcy aus Huß meldet, daß dort vollständige Ruhe herrsche und die anamitischen Truppen gänzlich zerstreut seien. Der Palast des Königs, in welchem sich große Kunstschätze befänden, sei nicht niedergebrannt und befinde sich der Regent Thuhong in seiner Gewalt. Die Franzosen hätten bei dem Ueberfall 10 Tode und 62 Verwundete verloren. An das anamitische Volk sei eine von de Courcy und Thuhong unterzeichnete Proklamation erlassen worden, welche den hinterlistigen Angriff der Anamiten brandmarkte und den König, wie die Königin-Mutter auffordere, in den Palast zurückzukehren. Die Zitate.